

# Mai-Sitzung am 6.5.2018

Protokollantin: Julia Neig

## Infos und Organisatorisches

- 1) Auf Nachfrage einer Vielzahl von Interessenten und Mitgliedern soll es neben den regulären Sonntagstreffen einen zusätzlichen Termin zum Kennenlernen geben. Das Orga-Team plant Näheres.
- 2) Die Orga-Gruppe schlägt vor, sich beim Treffen mit De Masi auf das Thema Staatsschulden zu konzentrieren. Andere oder weitere Vorschläge sind erwünscht! Kein Vortrag, sondern konkrete Fragen.
- 3) Orga-Team bittet ums Zusenden bestehender Protokolle aus den Untergruppen.
- 4) Die Visiten-Kärtchen der LAG stehen allen Mitgliedern zur Verfügung und dürfen/sollen verbreitet und verteilt werden.

## 1. Teil: Einblick in das über das öffentliche Vergabeverfahren

Einstieg: Hintergrund: Anknüpfung an Berliner Energiebetrieb und Problematik mit öffentl. Ausschreibung!! Zudem Anknüpfung an Torstens Vortrag zu Betriebsräten und sinkender Einfluss bzw. sinkende tarifvertragliche Bindung, Wegfall von vertraglicher Parität! Zudem Lohnpolitik ein sehr wichtiger wirtschaftspolitischer Hebel und von enormer Bedeutung auf Grund von einheitlicher Währung!

### Deutsches Regelungssystem und Unionsrecht (Referentin: Julia)

#### a. Übersicht zum deutschen Vergabeverfahren vor der Reform anlässlich Unionsrechts

Die öffentliche Vergabe von Aufträgen war vor der Reform reines Hoheitsrecht und dem Haushaltsrecht des jeweiligen öffentlichen Auftraggebers zugeordnet.

#### b. Regelungs-Systematik und Bedeutung des Unionsrechts

(auch für Unterschwellenvergabe) In den §§ 97 ff. GWB sind die Regelungen für die öffentliche Vergabe von Aufträgen oberhalb des Schwellenwertes. Es besteht eine Richtlinie. Eine Bindung an das Unionsrecht besteht auch Unterhalb der Vergabeschwelle bei Vergabeverfahren mit grenzüberschreitenden bzw. EU-weiten Einflüssen. Maßgeblich ist dann das Primärrecht, insb. das Diskriminierungsverbot und das Transparenzgebot.

#### c. Maßgebliche Vorschriften: § 97 GWB und § 129 GWB sowie VgV

Die VgV präzisiert die Anforderungen des GWB. Diese bundesrechtlichen Regelungen gelten für Aufträge oberhalb der Schwellenwerte. Maßgebliches Kriterium ist Wirtschaftlichkeit bzw. das Preis-Leistungsverhältnis. Unterhalb haben die Länder Gesetzgebungsspielräume, allerdings unionsrechtlich ebenfalls begrenzt.

#### d. Wichtige Neuerungen

Soziale, sog. „strategische“ Kriterien dürfen berücksichtigt werden.

## **Die kommunale Praxis und Standpunkte des DGB und der Linken (Referent: Niko)**

### **a. Forderung: Vergabespezifischer Mindestlohn**

Seit der Einführung des Mindestlohns haben zahlreiche Länder den vergabespezifischen Mindestlohn als Auftragskriterium gestrichen. Dennoch verblieb Berlin bei dieser Anforderung, da die Regelung zum Mindestlohn zu viele Ausnahmen ermöglicht. Erwünscht ist eine Kopplung an den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst. Darüber hinaus bestehen große Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung der Anforderungen.

### **b. Kontroll- und Durchsetzungsmechanismen**

Siegel dienen der Vereinfachung der Feststellung, ob die Kriterien erfüllt sind. Allerdings fehlt es hier wohl noch an einheitlichen Standards. Es gibt keine einheitliche Statistik. Dies soll nun geändert werden.

### **c. Berücksichtigung von KMUs**

zB durch Aufsplitten von Großaufträgen werden Aufträge an KMUs vergeben.  
Unterswellenvergabe: 90% !

## **Sind die Forderungen unter Berücksichtigung des Unionsrecht realistisch?**

Problematisch sind Tariftreueerklärungen: Spielraum der öffentlichen Auftraggeber und Unionsrecht: EuGH-Rspr. Bisher: Ruffert, Metro -> Verhältnismäßigkeit und Kohärenz als wichtige Voraussetzungen

## **Weiterführende Gedanken der Gruppe**

-> Vergaberecht nicht umsonst als Bürokratiemonster bezeichnet -> zu komplex -> vereinfachte Darstellung im Protokoll?

-> zu wenig Zeit zum Diskutieren: Wiederaufnahme, wenn Michael Efler zu Gast bei der LAG ist.

-> Wie viel Spielraum für soziale Wirtschaftspolitik ermöglicht das Primärrecht? Vorschlag, dies im **Team Europa** zu vertiefen

-> Welche Möglichkeiten gibt es, um KMUs das Bieten zu erleichtern und Teilnahme am Wettbewerb zu ermöglichen? Vorschlag: Vertiefung (der sozialen Vergabekriterien) innerhalb der **SolNaWi**.

## 2. Teil: Projekt zur DDR-Wirtschaftsgeschichte

Im zweiten Teil des Treffens stellten die Gäste Katrin Rohnstock und Christa Bertag das Projekt des Verlags Rohnstock Biografien und des Vereins zur Förderung lebensgeschichtlichen Erinnerns und biografischen Erzählens zur DDR-Wirtschaftsgeschichte vor.

**Katrin Rohnstock** ist Geschäftsführerin des 1998 von ihr gegründeten **Verlags Rohnstock Biografien**. Rohnstock Biografien ist Herausgeber der Buchreihe „Jetzt reden wir“. Diese erzählt von den Erfahrungen und Lehren aus der DDR-Wirtschaft.

Die Erkundung der DDR-Wirtschaftsgeschichte<sup>1</sup> ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Lebenserinnerungen zur Förderung lebensgeschichtlichen Erinnerns und biografischen Erzählens. Im Rahmen des Projekts erzählen ehemalige DDR\_Kombinatsdirektor\*innen von der Entwicklung und den Strukturen der DDR-Wirtschaft.

„Wirtschaft erzählt“ ist ein weiteres Projekt, das die Erforschung von Kommunal-, Genossenschafts-, Privat- und Volkseigentum verfolgt. Dies ist bislang kaum erfolgt. Es handelt sich um ein von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördertes, gemeinnütziges Projekt.<sup>2</sup>

**Christa Bertag**, die Vorsitzende des Vereins Lebenserinnerungen, war ebenfalls zu Gast. Sie berichtete nicht nur in ihrer Rolle als Vereinsvorsitzende von der Erkundung der DDR-Wirtschaftsgeschichte. Als **ehemalige Generaldirektorin** des Kosmetikkombinats Berlin füllte sie die Gesprächsrunde mit lebhaften Erinnerungen und führte die LAG in den Kern ihrer Arbeit für „Lebenserinnerungen“. Der Verein möchte Wissen und Erfahrungen durch persönliche Erzählungen weitergeben und Gemeinschaften bilden. Auf der Beschreibung der Seite<sup>3</sup> des Vereins, der vom Verlag Rohnstock Biografien unterstützt wird, heißt es:

*„Erzählen gehört zu den ältesten Kommunikationsformen in denen Wissen und Erfahrungen weitergegeben werden. Damit erzählt wird, braucht es Raum, Gelegenheit und Rituale. Doch es gibt in unserer Gesellschaft zu wenige Gelegenheiten dafür. (...) Die eigenen Erfahrungen sind das Wertvollste, das ein Mensch besitzt. Diesen Schatz weiterzugeben, ist eine der ehrwürdigsten Aufgaben. (...) Wir, der Verein für lebensgeschichtliches Erzählen, möchten lebendiges Wissen bewahren. (...) Wenn wir erzählen, offenbaren wir unsere Potenziale und Kompetenzen. Durch das Erzählen – durch das Zuhören und Gehört werden – können sich Gemeinschaften bilden, wir erkennen unsere Anknüpfungspunkte, was wir geben können, wo wir gebraucht werden. (...)*

*„Wir wissen nicht, wohin wir gehen, wenn wir nicht wissen, woher wir kommen“, sagte Simone de Beauvoir. Aus diesem Grunde hat sich unser Verein der Förderung lebensgeschichtlichen Erzählens verschrieben. Unser Verein will die Alten unterstützen,*

---

<sup>1</sup> <http://www.kombinatsdirektoren.de/>

<sup>2</sup> <https://www.rohnstock-biografien.de/wirtschaft-erzaehlt-wirtschaftsgeschichte-lebendig-erzaehlen/>

<sup>3</sup> <https://www.lebenserinnerungen.org/>

*ihre Erfahrungen, ihre Geschichten zu erzählen: Jedes Menschenleben ist es wert, in der Erinnerung der Nachkommen weiterzuleben und Spuren zu hinterlassen.“*

In der anschließenden Gesprächsrunde wurde die Beobachtung geteilt, dass derzeit eine Renaissance der Formen solidarischer Zusammenarbeit zu beobachten ist. Solche nicht ausschließlich auf Wettbewerb, sondern auf Kooperation und Gemeinschaft beruhenden Arbeitsformen sind an bekannte Strukturen zu DDR-Zeiten eines am Gemeinwohl orientierten Wirtschaftens angelehnt (zum Beispiel Zusammenschlüsse in Form von Genossenschaften) und treten unter Begriffen wie Platform-Cooperativism („Coops“), Collaborative Economy und Sharing Economy erneut wieder in Erscheinung.<sup>4</sup>

Diesbezüglich wurde auch die Frage aufgeworfen, wie die Organisation von Eigentum und Arbeit in der DDR konkret ausgestaltet war und ob es möglich ist, daraus Lehren ziehen. Es wurde geäußert, dass diese Fragestellungen speziell in Deutschland stark polarisiert und Debatten daher nicht einfach sind. Aber es ist angesichts der zunehmenden Ungleichheit und des Wettbewerbsdrucks angebracht, die Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu hinterfragen. So bestehen zum Beispiel an der Effektivität privater Aufgabenerfüllung große Zweifel. Die tatsächlichen Kosten kapitalorientierter Unternehmen sind nur bedingt in den Bilanzen der Unternehmen einsehbar. Zudem verlagern sie entstehende Kosten soweit es geht auf die Allgemeinheit, da die Gewinnmaximierung im Vordergrund steht. In die Kostennutzenbewertung einer Privatisierung staatlicher Aufgaben bleiben diese Aspekte regelmäßig unberücksichtigt. Zudem sind mittlerweile gewaltige Monopole entstanden, die den ursprünglichen Wettbewerbsgedanken verdrehen. Jedenfalls ist es notwendig, dass sich die Gesellschaft darüber bewusst wird, dass es Aufgabenbereiche gibt, die nicht durch eine simple Wettbewerbsformel gelöst werden können, zum Beispiel Bildung, Gesundheit und Verkehr.

Differenziertere Lösungen mit aktiver staatlicher Rolle sind notwendig und sollten der Debatte nicht durch eine oberflächliche Polarisierung mit der Gegenüberstellung von Marktwirtschaft und Planwirtschaft und deren gegenseitiger Verteufelung entzogen werden. Es wird zudem ausgeblendet, dass selbst eine Marktwirtschaft planwirtschaftliche Elemente enthält.

Entscheidend sind demnach konkrete Ausgestaltungsformen und nicht undifferenzierte und ideologische Schwarz-Weiß-Schablonen.

Als Beispiel für die Notwendigkeit einer längerfristigen Planung wurde der Kohleabbau in der Brandenburger Lausitz genannt. Mangels längerfristiger Planungen des Kohleausstiegs kommt es zu Interessenkonflikten zwischen Arbeitnehmer- und Umweltbelangen.<sup>5</sup> Eine Stärkung gemeinwohlorientierter Wirtschaftsformen kann folglich auch einen wesentlichen Beitrag zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung bedeuten. Es wurde vorgeschlagen, sich mit der Untergruppe **SolNaWi** hiermit näher zu beschäftigen.

Auch auf makroökonomischer Ebene wurde in Erwägung gezogen, aus dem wirtschaftlichen Zusammenschluss der Sowjetunion, dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), Lehren

---

<sup>4</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=bkSTgAucRqE>

<sup>5</sup> Ausführlich: <https://www.rohnstock-biografien.de/chancen-der-lausitz-das-buch-zum-projekt/>

für die Europäische Wirtschaftsunion zu ziehen. Die Arbeitsteilung im Rahmen des RGW erwies sich als nicht praktikabel. Es wurde die Frage gestellt, ob es möglich ist, Schlüsse aus den bisherigen Erfahrungen für die EU zu ziehen. Diese Fragestellung wurde an die **Gruppe Europa**, der Untergruppe der LAG WiPo für wirtschaftspolitische Fragen auf europäischer Ebene, geleitet und zu einer weiteren Vertiefung angeregt.

Zum Abschluss der Runde regten Katrin Rohnstock und Christa Bertag zur weiteren Vertiefung und Zusammenarbeit an. Die LAG reagierte positiv und erklärte, dass nach einer gemeinsamen Absprache und näherer Befassung mit der Thematik eine konkrete Rückmeldung durch das **Orga-Team** erfolgt.